GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen
Umweltgruppe Cottbus e.V.

Bundeskontaktstelle
Braunkohle
des Netzwerkes
GRÜNE LIGA

Lausitzer-Kohle-Rundbrief

BRUNICOWY ROZGLĚD

13. April 2021

Liebe Leserinnen und Leser,

nach einigen Wochen Pause haben wir heute wieder einen Kohlerundbrief zusammengestellt, der die aktuellen Entwicklungen zusammenfasst:

1. GRÜNE LIGA protestiert mit „UNverkäuflich“-Banner gegen Enteignungsdrohung der LEAG
2. Welzower Kommunalpolitiker fordern mehr Abstand des Tagebaues Welzow-Süd I
3. Tagebau Jänschwalde wird stillgelegt – vorübergehend?
4. EU-Kommission: Geplante Milliardenzahlung an LEAG beruht auf „kontrafaktischem Szenario“
5. Braunkohlenausschuss lässt keine Gäste in die riesige Stadthalle
6. Rutschung am Knappensee – Rückschlag für Elbeüberleitung?
7. LEAG-Eigner in Alaska verunglückt
8. Lobbyranking zeigt die Schwächen der Braunkohle-Länder

1. GRÜNE LIGA protestiert mit „UNverkäuflich“-Banner gegen Enteignungsdrohung der LEAG

Schleife/Cottbus, 11.04.2021. Der Kohlekonzern LEAG hat erstmals schriftlich die Enteignung des Waldgrundstückes angedroht, das die GRÜNE LIGA im Vorfeld des Tagebaues Nochten gepachtet hat. Das Umweltnetzwerk wird sich davon jedoch nicht einschüchtern lassen und seine Aktivitäten in dem bedrohten Wald fortsetzen. Das bekräftigten die Teilnehmer*innen einer Protestaktion am Sonntag mit einem zehn Meter langen Banner mit der Aufschrift „UNverkäuflich“.

„Der LEAG brechen zusehends alle Argumente für eine bergrechtliche Grundabtretung zusammen. Niemand sollte sein Grundstück noch der LEAG verkaufen, wenn nicht einmal klar ist, ob der Konzern die Rekultivierung dieser Fläche noch finanzieren kann.“ sagt René Schuster von der Umweltgruppe Cottbus.

Schuster weiter: „Unser Wald muss stehenbleiben, damit das Tagebauloch nicht bis an die Häuser von Rohne und Mulkwitz heranreicht. Zudem könnte dadurch der Tagebausee verkleinert und die drohenden Ewigkeitskosten verringert werden.“

Hintergrund:

Die GRÜNE LIGA Umweltgruppe Cottbus hat im Vorfeld des Tagebaues Nochten ein Waldgrundstück von einem halben Hektar bis zum Jahr 2037 gepachtet. Die Eigentümer wollen es nicht an die LEAG verkaufen.

Ein Planverfahren zur Gesamtfortschreibung des Braunkohlenplanes zum Tagebau Nochten ist bereits eröffnet und muss einen größeren Abstand zwischen Tagebau und Siedlungen festlegen, wenn die Lebensqualität in Rohne und Mulkwitz erhalten bleiben soll. Zudem ist die bergrechtliche Zulassung des Tagebaus bis 2026 befristet und ein Verlängerungsantrag der LEAG aus Sicht der Umweltverbände nicht genehmigungsfähig.

Aus diesem Grund sieht die Umweltgruppe Cottbus ihren Wald als zukunftsfähig an und hat bereits erste Laubbäume in den Bestand gepflanzt. Da in den Zeiten der Pandemie kaum Kultur- und Bildungsveranstaltungen vor Ort möglich sind, werden seit November 2020 auf instagram regelmäßig Bilder einer hier installierten Wildkamera veröffentlicht.

Energieexperten sehen die Wirtschaftlichkeit der älteren LEAG-Kraftwerke schon seit Januar „in der Todeszone“, in der sie auch kurzfristig anfallende Kosten nicht mehr erwirtschaften können. Der Hauptgrund dürfte im gestiegenen CO2-Preis legen, der bereits auf die Verschärfung des EU-Klimazieles bis 2030 reagiert hat. Um Kosten abzubauen, hat die LEAG inzwischen einen vorübergehenden Stop des Tagebaues Jänschwalde angekündigt. Eine Erholung des CO2-Preises ist nicht absehbar, so dass der Kohleverbrauch der LEAG-Kraftwerke dauerhaft sinken dürfte.

Der Freistaat Sachsen hat zwar mit der LEAG eine Vorsorgevereinbarung geschlossen, derzufolge Geld für die Rekultivierung in einer Zweckgesellschaft angesammelt werden soll. Die LEAG muss jedoch nur „aus dem laufenden positiven cash flow“ einzahlen. (Quelle: Hauptbetriebsplanzulassung vom 27.12.2017, Begründung zu Nebenbestimmung 32) Wenn sie dieses Geld mit dem Kohleabbau nicht mehr verdient, müssen offenbar die Steuerzahler*innen für die Rekultivierungskosten einspringen.

2. Welzower Kommunalpolitiker fordern mehr Abstand des Tagebaues Welzow-Süd I

Heute veröffentlichten drei Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung Welzow ein Diskussionspapier zum bevorstehenden Planverfahren zur Änderung des Braunkohlenplans Tagebau Welzow-Süd. Hannelore Wodtke, Günther Jurischka und Erhard Lehmann fordern darin mehr Abstand des Tagebaues vom Ort Proschim, den Erhalt der Haidemühler Teiche und der kürzesten Wegeverbindung nach Spremberg. Bei der bisherigen Planung reiche die Sicherheitslinie des Tagebaues bis in die Vorgärten der Anwohner. Der Vorschlag würde eine Verkleinerung des Tagebaues bedeuten, die angesichts des sinkenden Kohleabsatzes nicht abwegig erscheint. Betroffen wäre das sogenannte Restfeld, das ohnehin zu eng ist, um mit der Förderbrücke abgebaut zu werden. Laut Rahmenbetriebsplan soll der Tagebau hier im Bagger-Band-Betrieb auslaufen. Foto: die Verfasser des Diskussionspapiers - ideengruen.de

3. Tagebau Jänschwalde wird stillgelegt - vorübergehend?

Am 17. März bestätigte die LEAG öffentlich, dass sie die Förderung im Tagebau Jänschwalde vorübergehend einstellen wird und etwa 800 Mitarbeiter des Unternehmens ab April in Kurzarbeit gehen. Für den Herbst wird offiziell mit einem Weiterbetrieb gerechnet. Laut ihrem eigenen Mitarbeiter-Newsletter rechnet die LEAG selbst nicht damit, dass die hohen CO2-Preise bald wieder sinken: ""Hinzu kommt der gestiegene CO_2-Preis (...), bei dem wir auch perspektivisch keine

wirkliche Trendwende sehen". (Vgl. unsere Meldung vom 1. März 2021) Die aktuelle Schließung wird aber öffentlich nur mit Corona-Folgen begründet. Die Agentur für Arbeit zahlt Kurzarbeitergeld nur für vorübergehende Effekte - könnte da ein Zusammenhang bestehen? Es wird also spannend, ob mit Kurzarbeitergeld auch Folgen des hohen CO_2-Preises staatlich abgefedert werden und ob der Tagebau tatsächlich wie angekündigt im Herbst weiter arbeitet. Im Jahr 2023 sollte er nach früheren Angaben der LEAG ohnehin ausgekohlt sein, das wurde nun auf 2026 korrigiert.

4. EU-Kommission: Geplante Milliardenzahlung an LEAG beruht auf „kontrafaktischem Szenario“

Wie die Europäische Kommission am 02.03.2021 in einer Pressemitteilung bekannt gab, hat sie nun auch formal eine Untersuchung eingeleitet, ob die von Deutschland geplanten Entschädigungszahlungen für die Stilllegung von Braunkohlekraftwerken mit den EU-Beihilfevorschriften im Einklang stehen. Soweit war der Schritt bereits vor Monaten angekündigt und wenig überraschend. Was überraschte, war aber die deutliche Wortwahl der Kommission in Bezug auf die LEAG: Der Entschädigungssumme liege ein "kontrafaktisches Szenario" zugrunde.

Im Kohleausstiegsgesetz und dem entsprechenden öffentlich-rechtlichen Vertrag mit den Kohlekonzernen sind 2,6 Mrd. EUR für RWE und 1,75 Mrd. EUR für die LEAG vorgesehen. Die Kommission habe nun „Zweifel, ob die Entschädigung der Betreiber für entgangene Gewinne, die sehr weit in die Zukunft reichen, als erforderliches Mindestmaß betrachtet werden kann. Sie äußert auch Bedenken hinsichtlich einiger Inputparameter des von Deutschland verwendeten Modells zur Berechnung der entgangenen Gewinne, so u. a. der angesetzten Brennstoff- und CO2-Preise. Ferner wurden der Kommission keine Informationen auf Ebene der einzelnen Anlagen vorgelegt.“

Zu Tagebaufolgekosten räumt die Kommission „zwar ein, dass Zusatzkosten, die durch die vorzeitige Stilllegung der Braunkohleanlagen entstehen, ebenfalls eine Entschädigung für RWE und LEAG rechtfertigen könnten, hat jedoch Zweifel in Bezug auf die übermittelten Informationen und besonders das für LEAG zugrunde gelegte kontrafaktische Szenario.“

Wir sehen uns in unserer Kritik bestätigt, die im Februar 2020 unter dem Titel "Milliardenschwindel um den Kohleausstieg in der Lausitz" als Gastkommentar auf energiezukunft.eu erschienen war.

Im Rahmen der ergebnisoffenen Prüfung durch die Kommission sollen der Mitgliedsstaat Deutschland sowie Dritte noch Gelegenheit zur Stellungnahme bekommen.

5. Braunkohlenausschuss lässt keine Gäste in die riesige Stadthalle

Am 15. April tagt der Brandenburgische Braunkohlenausschuss in der Stadthalle Cottbus. Dabei stellt die LEAG ihr neues Revierkonzept vor und muss sich den Fragen der Ausschussmitglieder dazu stellen. Danach wird das Verfahren zur Änderung des Braunkohlenplanes Tagebau Welzow-Süd ebenso besprochen wie der Umgang mit dem „Drei-Seen-Konzept“ der LEAG zum Tagebau Jänschwalde. Zudem informiert die LMBV über den Stand der Braunkohle-Sanierung und es wird erstmals von der Arbeit der Bergschadens-Schiedsstelle berichtet.

Zu all diesen Themen gibt es zahlreiche Betroffene. Damit sie sich auf der Gästebank ein Bild von der Debatte machen können, sind Sitzungen des Braunkohlenausschusses seit seinem Entstehen im Jahr 1990 öffentlich. Die Sitzung am 15. April wurde zur Einhaltung ausreichender Abstandsregeln extra in die Stadthalle Cottbus verlegt, wo vor der Pandemie Veranstaltungen mit 1000 Teilnehmern möglich waren. Doch Gäste wurden mit Verweis auf die Corona-Einschränkungen im Vorfeld abgewiesen. Das wäre auch kein grundsätzliches Problem, wenn es denn einen Livestream gäbe, wie er bei jeder Stadtverordnetenversammlung üblich ist. Wieso das hier nicht möglich sein soll, ist unerklärlich. Auch die Anwesenheit einzelner Pressevertreter*innen kann die Öffentlichkeit der Sitzung nicht ersetzen. Denn es ist schon vor der Sitzung klar, dass es keine ausführliche Berichterstattung zu allen acht inhaltlichen Tagesordnungspunkten geben kann.

6. Rutschung am Knappensee – Rückschlag für Elbeüberleitung?

Am Knappensee südlich von Hoyerswerda kam es am 11. März 2021 zu einer großen Rutschung. Das Ufer rutschte auf einer Breite von etwa 500 Metern in den See, bis zu 200 Meter ins Hinterland geriet der Boden in Bewegung. Der Knappensee entstand Anfang der 1950er Jahre durch Flutung

des Tagebaues Werminghoff. Bereits seit einigen Jahren war die LMBV hier mit Sanierungsarbeiten beschäftigt, der für 2022 geplante Abschluss der Arbeiten dürfte jetzt nicht mehr zu halten sein.

Als „Speicherbecken Knappenrode“ spielte der Knappensee eine zentrale Rolle bei den bisherigen Gedankenspielen zu einer Überleitung von Elbewasser in das Lausitzer Kohlerevier. Von hier aus könne Elbewasser sowohl in die Schwarze Elster als auch in das Spreegebiet geleitet werden. Wie die Rutschung sich auf die Diskussion zu einer Elbeüberleitung auswirkt ist noch nicht bekannt.

MDR-Beitrag vom 11. März

Pressemitteilung der LMBV

7. LEAG-Eigner in Alaska verunglückt

Der tschechische Milliardär Petr Kellner ist am 27. März bei einem Hubschrauber-Absturz in Alaska ums Leben gekommen. Kellner gehörte über seine Firma PPF praktisch die Hälfte des Kohleunternehmens LEAG. Der als reichster Tscheche bekannte Kellner war in Alaska zum sogenannten Heli-Skiing unterwegs, bei dem sich Skifahrer mit dem Hubschrauber auf Berggipfeln absetzen lassen, um dann durch unberührten tiefen Pulverschnee zu fahren. Das ist in den Alpen aus Umweltschutzgründen überwiegend verboten. "Eine unglaubliche Tragödie", zitiert die Sächsische Zeitung den tschechischen Regierungschef Andrej Babis. In den sozialen Medien habe es aber auch negative Kommentare gegeben wie: "Was machte Kellner in Alaska, während andere wegen des Corona-Lockdowns kaum das Haus verlassen dürfen?" Auswirkungen des Todesfalles auf die Unternehmenspolitik der LEAG sind unwahrscheinlich, da dieses Geschäft von Anfang an von Daniel Kretínský, dem Gründer der EPH-Gruppe und damit zweiten privaten LEAG-Eigner organisiert wurde.

8. Lobbyranking zeigt die Schwächen der Braunkohle-Länder

Transparency International veröffentlichte im März ein Lobbyranking der deutschen Bundesländer. Wie wird Transparenz hergestellt und werden Interessenkonflikte bei Entscheidern vermieden? Das war auch in der Kohlepolitik immer ein Thema. Wenig überraschend landet das Braunkohleland Sachsen unter den Schlusslichtern des rankings. Aber auch Brandenburg, auf Platz 2 scheinbar vorbildlich, erfüllt nur knapp ein Drittel der Bewertungskriterien.